

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Ralf Niedmers (CDU) vom 09.02.26

und Antwort des Senats

Betr.: Erweiterung des Staatsarchivs am Standort Wandsbek

Einleitung für die Fragen:

Das Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg dient der Aufbewahrung, Pflege und Nutzung des historisch bedeutsamen Schriftguts staatlicher und privater Herkunft. Seit 1998 befindet sich das Staatsarchiv mit seinem Magazingebäude am Standort Kattunbleiche/Wandsbeker Allee im Bezirk Wandsbek.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Kapazitäten des Magazingebäudes perspektivisch nicht mehr ausreichen. In der Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 22/16570, teilte der Senat mit, dass ein Erweiterungsbau am Standort Wandsbek grundsätzlich vorgesehen sei. Weiter führte der Senat aus, dass hierfür eine Bedarfsplanung sowie eine Machbarkeitsstudie erstellt werden, in deren Rahmen auch ein Kostenrahmen für den Erweiterungsbau ermittelt werde. Der Zeitpunkt für einen Bauantrag sei demnach abhängig von den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie und der Finanzierung.

Seit Anfang 2026 wurden zudem umfangreiche Archivbestände vom Standort Wandsbek in das Niedersächsische Landesarchiv nach Stade ausgelagert. Diese Maßnahme wurde von Historikerinnen und Historikern sowie weiteren Nutzern des Staatsarchivs kritisch bewertet. Bemängelt werden insbesondere die kurzfristige Kommunikation, die Auswahl stark nachgefragter Bestände sowie die eingeschränkte Nutzbarkeit, da ein Kurierdienst nicht angeboten wird und Akten künftig nur noch vor Ort in Stade eingesehen werden können.

Vor diesem Hintergrund sowie angesichts der Bedeutung des Standorts Wandsbek für das Staatsarchiv ist ein transparenter Überblick über die Auslagerungen, den Stand der Digitalisierung und insbesondere über die konkrete Erweiterungsplanung erforderlich.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

Frage 1: *Welche konkreten Archivbestände wurden seit dem 1. Januar 2026 vom Standort Wandsbek nach Stade ausgelagert (bitte nach Beständen beziehungsweise Bestandsgruppen aufschlüsseln)?*

Antwort zu Frage 1:

Die Bestände, die seit Januar 2026 nach Stade verlagert werden, hat das Staatsarchiv Hamburg auf seiner Website veröffentlicht: Umlagerung von Beständen – hamburg.de.<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-kultur-und-medien/einrichtungen/staatsarchiv/umlagerung-bestaende-stade-test>

Frage 2: *Nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl der ausgelagerten Bestände?*

Frage 3: *In welchem Umfang wurden bei der Auswahl die Nutzungshäufigkeit sowie die aktuelle wissenschaftliche Bedeutung der Bestände berücksichtigt?*

Antwort zu Fragen 2 und 3:

Siehe Drs. 23/3031.

Frage 4: *Welche der ausgelagerten Bestände sind vollständig digitalisiert?*

Frage 5: *Welche dieser digitalen Bestände sind aktuell am Standort Wandsbek nutzbar?*

Frage 6: *Bei welchen Beständen ist die Zuordnung der Digitalisate zu den jeweiligen Signaturen noch nicht abgeschlossen, und bis wann soll dies erfolgen?*

Antwort zu Fragen 4, 5 und 6:

Die 2022 und 2026 ausgelagerten Archivalien der folgenden Bestände sind digitalisiert und an den Lesesaalrechnern am Standort in Wandsbek nutzbar:

- 211-1 Reichshofrat
- 213-12 Staatsanwaltschaft Landgericht – Nationalsozialistische Gewaltverbrechen (NSG)
- 314-15 Oberfinanzpräsident (Devisenstelle und Vermögensverwertungsstelle)
- 373-7 I Auswanderungsamt
- 111-1 Senat (Senatsprotokolle bis 1928)
- 331-3 Politische Polizei

Bei der Digitalisierung von Archivgut wird für die Benennung der dabei entstandenen Dateien eine Benennungsrichtlinie zugrunde gelegt, die eine eindeutige und automatisierte Zuordnung der Digitalisate ermöglicht. Eine händische Zuordnung einzelner Dateien zu Signaturen ist nicht notwendig.

Frage 7: *Warum wurde für die ausgelagerten Bestände kein Kurierdienst zwischen Stade und Hamburg eingerichtet?*

Antwort zu Frage 7:

Siehe Drs. 23/3031.

Frage 8: *Wie bewertet der Senat die Kritik von Historikerinnen und Historikern, dass durch die Auslagerung insbesondere die Forschung zur NS-Zeit, zur Demokratie- und Verwaltungsgeschichte erheblich erschwert wird?*

Antwort zu Frage 8:

Intensiv genutzte Bestände, die für die Erforschung der NS-Zeit von großer Bedeutung sind, verbleiben am Standort in Wandsbek. Hierzu zählen unter anderem die Bestände 213-13 Landgericht Wiedergutmachung, 221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung sowie 351-11 Amt für Wiedergutmachung.

Im Übrigen siehe Drs. 23/3031.

Frage 9: *Wie hoch ist die aktuelle Auslastung der Magazinflächen am Standort Wandsbek (in Prozent und laufenden Metern)?*

Antwort zu Frage 9:

Die Magazinräumlichkeiten am Standort Wandsbek waren im Dezember 2025 zu circa 93 Prozent belegt, was circa 39.000 laufenden Metern entspricht.

Im Übrigen siehe Drs. 22/16570.

- Frage 10:** *Wie ist der aktuelle Stand der Bedarfsplanung für den Erweiterungsbau des Staatsarchivs am Standort Wandsbek?*
- Frage 11:** *Welche Bedarfe wurden bislang im Rahmen der Bedarfsplanung identifiziert (zum Beispiel zusätzlicher Magazinraum, Funktionsflächen, Arbeits- und Nutzungsbereiche)?*
- Frage 12:** *Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand der Machbarkeitsstudie für den Erweiterungsbau?*
- Frage 13:** *Wann rechnet der Senat mit dem Abschluss der Machbarkeitsstudie?*
- Frage 14:** *Welcher Kostenrahmen für den Erweiterungsbau wird derzeit im Rahmen der Machbarkeitsstudie zugrunde gelegt beziehungsweise ermittelt?*
- Frage 15:** *Welche Faktoren sind nach Einschätzung des Senats maßgeblich für die endgültige Höhe der Baukosten?*
- Frage 16:** *Welche Finanzierungsmöglichkeiten werden derzeit geprüft, um den Erweiterungsbau realisieren zu können?*
- Frage 17:** *In welchem Haushaltstitel beziehungsweise in welchem Einzelplan sollen die Kosten für Planung und Bau des Erweiterungsbaus veranschlagt werden, sobald eine Finanzierung gesichert ist?*
- Frage 18:** *Wann rechnet der Senat – vorbehaltlich der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und der Finanzierung – mit der Einreichung eines Bauantrags für den Erweiterungsbau?*

Antwort zu Fragen 10 bis 18:

Die gemäß DIN 18205 im Rahmen eines Vorprojekts nach den Vorgaben des Projektwissenscenters (PWC) durchgeführte Bedarfsplanung für den Erweiterungsbau des Staatsarchivs am Standort Wandsbek ist nahezu abgeschlossen und bildet die Grundlage für die anschließend zu erstellende Machbarkeitsstudie, nach deren Abschluss die weiteren Planungen konkretisiert werden können.

Im Rahmen der Bedarfsplanung wurden bislang ein zusätzlicher Flächenbedarf für die sachgerechte Lagerung von Archivgut und notwendige Anpassungen an die bauliche Infrastruktur, an die Sicherheit und an die Klimatisierung der Magazinräume als Bedarfe identifiziert. Dabei wurden auch Anpassung, insbesondere der logistischen Arbeitsabläufe berücksichtigt. Die jeweiligen Anforderungen ergeben sich aus den gesetzlichen und rechtlichen Vorgaben, den einschlägigen DIN- und ISO-Normen sowie den Prinzipien der Nachhaltigkeit.

Im Übrigen siehe Drs. 22/16570.

- Frage 19:** *Welche planungsrechtlichen Voraussetzungen bestehen für den Erweiterungsbau am Standort Wandsbek? Ist der bestehende Bebauungsplan ausreichend?*
- Wenn nein, auf welcher rechtlichen Grundlage soll genehmigt werden?*

Antwort zu Frage 19:

Das Staatsarchiv hat eine Bauvoranfrage zur Bebaubarkeit des Flurstücks 3831 eingereicht. Gemäß Durchführungsplan D490 aus dem Jahr 1960 wird dieses für den Erweiterungsbau benötigte Flurstück 3831 aktuell als Fläche „Besondere Zwecke (Jugendheim)“ ausgewiesen, jedoch nicht entsprechend genutzt.

Frage 20: *Ist vorgesehen, für den Erweiterungsbau einen städtebaulichen oder architektonischen Wettbewerb durchzuführen?*

a) *Wenn ja, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt und zu welchen geschätzten Kosten der Wettbewerbsverfahren?*

b) *Wenn nein, warum nicht?*

Frage 21: *Welche besonderen archivfachlichen, funktionalen oder baulichen Anforderungen soll der Erweiterungsbau erfüllen (zum Beispiel Magazinstruktur, Klima- und Bestandsschutz, Sicherheit, Arbeits- und Nutzungsbedingungen)?*

Antwort zu Fragen 20 bis 21:

Siehe Antwort zu 10 bis 18.

Frage 22: *Wie ist der aktuelle Stand der Digitalisierung der Archivbestände insgesamt (bitte nach Umfang und Prioritäten darstellen)?*

Frage 23: *Verfolgt der Senat ein Konzept der Digitalisierung „on demand“ für besonders nachgefragte Bestände, und wenn ja, wie ist dieses ausgestaltet?*

Antwort zu Fragen 22 und 23:

Insgesamt wurden circa 1.100 laufende Meter Archivgut digitalisiert, das entspricht circa 11 Millionen Digitalisaten.

Eine Digitalisierung „on demand“ hängt in ihrem Erfolg von materiellen und organisatorischen Voraussetzungen ab, die aktuell im Staatsarchiv nicht gegeben sind.

Die Nutzerinnen und Nutzer im Lesesaal des Staatsarchivs machen regelhaft von der Möglichkeit Gebrauch, die Archivalien selbst zu fotografieren. In anderen Fällen, in denen die Archivalien unter anderem rechtlichen Einschränkungen unterliegen oder aber die Nutzerinnen und Nutzer nicht vor Ort sind, können diese die Digitalisierung durch die Elbe-Werkstätten GmbH beauftragen. Lediglich bei besonderen Formaten (Karten, Fotos, Glasplatten, Negative, et cetera) erfolgt die Digitalisierung durch das Staatsarchiv.

Im Übrigen siehe Drs. 23/3031.